AgEcon SEARCH
RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library

This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.

Help ensure our sustainability.

Give to AgEcon Search

AgEcon Search
http://ageconsearch.umn.edu
aesearch@umn.edu

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

SCHRIFTEN DER GESELLSCHAFT FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALWISSENSCHAFTEN DES LANDBAUES E.V.

Koester, U.: Stand und Entwicklungstendenzen der Konzentration im außerlandwirtschaftlichen Bereich der Bundesrepublik Deutschland – Die Bedeutung der gesamtwirtschaftlichen Konzentration und Konzentrationspolitik für die Beurteilung Landwirtschaftlicher Konzentration und der Agrarpolitik. In: Seuster, H., Wöhlken, E.: Konzentration und Spezialisierung im Agrarbereich. Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V., Band 16, Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag (1979), S. 5-21.

STAND UND ENTWICKLUNGSTENDENZEN DER KONZENTRATION IM AUSSERLANDWIRTSCHAFTLICHEN BEREICH DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND - DIE BEDEUTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN KONZENTRATION UND KONZENTRATIONSPOLITIK FÜR DIE BEURTEILUNG LANDWIRTSCHAFTLICHER KONZENTRATION UND DER AGRARPOLITIK

von

Ulrich Koester, Kiel

---

1 Einleitung

2 Betriebs- und Unternehmenskonzentration
2.1 Betriebs- und Unternehmenskonzentration als Problem der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik
2.2 Stand der Betriebs- und Unternehmenskonzentration in der Bundesrepublik Deutschland
2.3 Politik der Betriebs- und Unternehmenskonzentration
2.4 Konsequenzen für die Beurteilung der landwirtschaftlichen Betriebskonzentration und der Agrarpolitik

3 Vermögenskonzentration

4 Einkommenskonzentration

---

1 Einleitung

Im Rahmen dieser Tagung wird eine Vielzahl von Referaten über die Konzentration im landwirtschaftlichen und landwirtschaftsnahen Bereich vorgetragen. Sicherlich wird mit diesen Beiträgen nicht nur versucht werden, Informationen über Stand und Entwicklung der Konzentration zu geben, sondern es wird sich auch eine allgemeine wirtschafts- und agrarpolitische Beurteilung anschließen. Eine solche Beurteilung kann jedoch nicht isoliert erfolgen, sondern hat quasi als Referenzsystem den Stand und Prozeß der Konzentration im außerlandwirtschaftlichen Bereich und das gegenwärtige konzentrationspolitische Leitbild im Auge zu behalten.

Es scheint mir daher sinnvoll, im ersten einführenden Referat zu diskutieren, warum die Konzentration in ausgewählten Bereichen ein Problem für die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik darstellt und welche möglichen Konsequenzen sich daraus für die Beurteilung der Konzentration im landwirtschaftlichen Bereich und der Agrarpolitik ergeben könnten. Insbesondere wird die Betriebs- und Unternehmenskonzentration, die Vermögenskonzentration und die Einkommenskonzentration angesprochen.

Es wird nicht so sehr als Aufgabe des Referates angesehen, Informationen über den Stand der Konzentration zu geben; es soll vielmehr gezeigt werden, welches wirtschaftspolitische Leitbild der gesamtwirtschaftlichen Konzentrationspolitik zugrunde liegt und welche Konsequenzen sich daraus in oben angegebener Richtung ergeben. Weiterhin muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß die Folgerung für die Beurteilung der Konzentration im landwirtschaftlichen Bereich nur sehr hypothetisch sein kann. Da es die Aufgabe der folgenden Referate ist, Informationen über Stand und Entwicklung der Konzentration in der Landwirtschaft zu geben, diese Informationen aber unumgänglich für deren Beurteilung sind, kann im vorliegenden Referat lediglich angedeutet werden, welche Informationen über die landwirtschaftliche Konzentration man aufgrund der Konzentration und Ausgestaltung der spezifischen Politik im außerlandwirtschaftlichen Bereich braucht und welche möglichen Konsequenzen sich daraus für die Beurteilung und Ausgestaltung der gegenwärtigen Agrarpolitik ergeben.

Der ökonomische Begriff der Konzentration ist im vorigen Jahrhundert aufgekommen (R. ROBERT (1976), S. 14). Es ist nicht verwunderlich, daß der Begriff im Zeitablauf ausgedehnt wurde und heute sehr viel allgemeiner gefaßt wird als vor 100 Jahren. In Anlehnung an H. ARNDT und G. OLLENBURG (1971, S. 7) wird Konzentration als <u>Ballung ökonomischer Größen</u> definiert. Grundsätzlich kann sich die Analyse auf das Ergebnis oder den Stand, aber auch auf den Vorgang (Prozeß) der Konzentration beziehen. Beide Aspekte sollen im folgenden in die Analyse einbezogen werden.

2 Betriebs- und Unternehmenskonzentration

2.1 Betriebs- und Unternehmenskonzentration als Problem der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

Von jeher hat die Analyse der Betriebs- und Unternehmenskonzentration im Mittelpunkt der Konzentrationsforschung gestanden. Es ist verständlich, daß insbesondere in marktwirtschaftlichen Systemen diese Konzentrationsform besonderes Interesse findet; man hatte frühzeitig erkannt, daß dem marktwirtschaftlichen System eine Tendenz zu fortschreitender Konzentration innewohnt und daß damit der Wettbewerb als Motor des Systems geschwächt würde. Es ist daher nicht verwunderlich, daß von wirtschaftspolitischer Seite alle Konzentrationstendenzen bis in die Mitte dieses Jahrhunderts als Abkehr von dem Wunschbild der vollständigen Konkurrenz negativ bewertet wurden. Nun kann zwar nicht gesagt werden, daß die neuere wettbewerbs- und konzentrationspolitische Diskussion in der BRD durch eine einheitliche Grundeinstellung in der Beurteilung der Betriebs- und Unternehmenskonzentration gekennzeichnet ist (H. MEINHOLD (1971), S. 71), doch wird wohl allgemein anerkannt, daß die Beeinflussung der Konzentration sowohl Ziel als auch Mittel der Wirtschaftspolitik sein kann (H.K. SCHNEIDER (1971), S. 437 ff.). Zu diesem geänderten Meinungsbild über die Beurteilung der Konzentration hat insbesondere die Diskussion um den funktionsfähigen Wettbewerb (J.M. CLARK (1961), E. HOPPMANN (1966), E. KANTZENBACH (1966) u.a.) beigetragen. Aber auch die Änderung der ökonomischen Rahmenbedingungen mag eine positivere Einstellung gegenüber der Betriebs- und Unternehmenskonzentration gefördert haben. Es ist bekannt, daß für die Beurteilung der Konzentration nicht die absolute Größe der Betriebe und Unternehmen allein entscheidend ist, sondern vielmehr die Marktmacht der Unternehmen. Als Indikator der Marktmacht kann in Grenzen der Marktanteil der Unternehmen, d.h. die relative Konzentration, angesehen werden. Die Größe des Marktanteils hängt wesentlich von der Abgrenzung des relevanten Marktes ab. Zwar mag es eine Ermessensfrage sein, wie weit oder eng man den zu untersuchenden relevanten Markt faßt, da lediglich als oberstes Kriterium für die Abgrenzung das Ausmaß der Interdependenzen zwischen den Wirtschaftseinheiten angelegt werden kann; doch dürfte durch die Gründung der EG der relevante Markt erweitert worden sein. Damit haben sich die Marktanteile der Unternehmen verringert; mögliche Nachteile der Konzentration in Form der Marktmacht sind daher weniger als vorher existent. Zu diesem Ergebnis

haben auch die Zollverhandlungen des GATT und die Senkung der internationalen Frachtkosten beigetragen. Als Folge beider Faktoren konzentriert sich die inländische Nachfrage weniger auf im Inland produzierte Güter, sondern tendenziell mehr auf internationale Güter. Hierdurch sinkt gleichzeitig der Marktanteil der inländischen Produzenten an der inländischen Nachfrage und Marktmacht wird weniger spürbar.

2.2 Stand der Betriebs- und Unternehmenskonzentration in der Bundesrepublik Deutschland

Leider ist es nur begrenzt möglich, aussagefähige Angaben über den Stand und die Entwicklung der Betriebs- und Unternehmenskonzentration im außerlandwirtschaftlichen Bereich zu erhalten. Zwar liegen statistische Daten über die Produktion - gegliedert nach Produktionsstätten - vor, doch dürfte es wenig sinnvoll sein, lediglich die Konzentration der inländischen Produktion darzustellen. Aus konzentrationspolitischer Sicht interessiert vielmehr der Marktanteil der einzelnen Anbieter und deren Änderung im Zeitablauf. Doch zwischen Produktionsanteilen und Marktanteilen besteht bei zunehmender Außenhandelsverflechtung kein enger Zusammenhang. MÖLLER und HOCHREITER (1975, S. 85) zeigen demnach auch, daß für die Fälle, wo ein Vergleich möglich ist, nämlich für PKW und LKW-Betriebe, sich sowohl die absolute Konzentration als auch deren Änderungsrichtung unterscheiden. In der Regel wird man davon ausgehen können, daß die für die BRD ausgewiesenen Produktionsanteile wegen der zunehmenden Handelsverflechtung nach unten korrigiert werden müssen, um Anhaltspunkte für die Marktanteile zu gewinnen.

Die Ergebnisse einer umfangreichen empirischen Arbeit zum Stand und zur Entwicklung der Unternehmenskonzentration faßten MÖLLER und HOCHREITER (1975, S. 12 ff.) zusammen. Sie sollen im folgenden auszugsweise wiedergegeben werden.

(1) "Die Entwicklung der Unternehmenskonzentration während der untersuchten Zeitperiode (1958-1971) hängt von der betrachteten Branche ab; es überwiegen jedoch die Zunahmen."

(2) "Der Wandel in der Marktkonzentration konnte nicht allein durch die Entwicklung der Produktionstechnologie erklärt werden. Während der untersuchten Zeitperiode hat sich die mindestoptimale Betriebsgröße

aufgrund bestehender Produktionstechnologien erhöht und z.T. sogar recht wesentlich. Dies könnte eine steigende Unternehmenskonzentration bei konstanter Marktgröße bedingen. Doch ist die Marktgröße in allen Fällen wesentlich schneller gewachsen, so daß eher eine niedrige Konzentrationsrate zu erwarten war."

(3) "Während der untersuchten Zeitperiode ist die globale Ballung von Wirtschaftsmacht, gemessen am Umsatzanteil der 100 größten Industrieunternehmen, kontinuierlich von 33,6 % im Jahre 1959 auf fast 52 % im Jahre 1973 gestiegen."

(4) "Die Konsequenzen überhöhter Unternehmenskonzentration, wie Effizienzverluste und ungleichgewichtige Einkommensverteilung, müssen als teilweise recht erheblich angesehen werden, und daher erscheinen strukturelle und verhaltenskontrollierende Eingriffe als durchaus folgenreich."

(5) "Die dynamischen Wachstumsvorteile von Großunternehmen in Forschung und Entwicklung sind aufgrund neuerer Ergebnisse als nicht so bedeutend anzusehen, wie es lange - ohne empirische Fundierung - angenommen wurde."

Diese Entwicklungstendenzen werden auch in dem kürzlich von der Monopolkommission vorgelegten Gutachten (KANTZENBACH, 1978) bestätigt.

2.3 Politik der Betriebs- und Unternehmenskonzentration

Es wird in der BRD als eine wirtschaftspolitische Aufgabe angesehen, die Konzentration im Betriebs- und Unternehmensbereich zu beeinflussen. "Soweit die Vorstellungen über das anzustrebende Ziel sich bereits konkretisiert haben, ist abzusehen, daß angestrebt werden

- eine konsequente Antimonopolpolitik,
- eine Förderung produktivitätsorientierter Zusammenschlüsse,
- Maßnahmen zugunsten von Klein- und Mittelbetrieben, in diesen die Anpassung an die neuen Marktbedingungen erleichtern, den Ausleseprozeß des Marktes jedoch nicht behindern sollen" (H.K. SCHNEIDER (1971), S. 455).

Konzentrationspolitik hat demnach je nach Ausgangstatsachen in den betreffenden Branchen die Richtung der Konzentration zu beeinflussen. Es bleibt zu prüfen, welche Konsequenzen sich aus Stand und Entwicklung der Konzentration im außerlandwirtschaftlichen Bereich der BRD für die Beurteilung der landwirtschaftlichen Betriebskonzentration und der Agrarpolitik ergeben.

2.4 Konsequenzen für die Beurteilung der landwirtschaftlichen Betriebskonzentration und der Agrarpolitik

Um den Prozeß der landwirtschaftlichen Betriebskonzentration im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Konzentration würdigen zu können, sind zunächst die Bestimmungsgründe der betrieblichen Konzentration innerhalb eines Wirtschaftssektors anzugeben. Hieraus können Informationen zur Frage, ob die landwirtschaftliche Konzentration suboptimal ist und welche Richtung die landwirtschaftliche Konzentrationspolitik anstreben sollte, abgeleitet werden.

Zunächst einmal kann festgestellt werden, daß ein ausreichender Grund für eine betriebliche Konzentration bereits vorliegt, wenn im Verlauf des wirtschaftlichen Wachstums der Anteil des Sektors am Sozialprodukt sinkt. Nur bei zunehmender absoluter Konzentration wird es den Betrieben möglich sein, ein Ansteigen der sektoralen Faktorentgelte im Maße der gesamtwirtschaftlichen Faktorentgelte zu ermöglichen. Allgemein kann gefolgert werden, daß der Zwang zur betrieblichen Konzentration innerhalb eines Wirtschaftssektors umso größer sein wird (U. KOESTER, 1976),

a) je stärker die Rechtsverschiebung der Angebotskurve im Vergleich zur Verschiebung der Nachfragekurve nach den Produkten des Sektors ist,
b) je kleiner der absolute Wert der Preiselastizität der Nachfrage ist und
c) je kleiner die Angebotselastizität ist.

Aus a) folgt, daß bei gegebener sektoraler Fortschrittsrate und konstanten Preiselastizitäten der Nachfrage und des Angebotes der Zwang zur betrieblichen Konzentration umso größer sein wird, je geringer das gesamtwirtschaftliche Wachstum und je geringer die Einkommenselastizität der Nachfrage ist. Da mit steigendem gesamtwirtschaftlichen Einkommen die Einkommenselastizität der Nachfrage nach Nahrungsmitteln abnimmt, deutet

dieses auf einen zunehmenden Zwang der betrieblichen Konzentration im Agrarsektor im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung hin. Weiterhin kann aus a) gefolgert werden, daß für den Fall abnehmender gesamtwirtschaftlicher Wachstumsraten für die BRD und EG in der Zukunft bei konstanten sektoralen Fortschrittsraten der Zwang zur betrieblichen Konzentration in der Landwirtschaft zunehmen wird. Sollte sich darüber hinaus die Arbeitsmarktlage in der BRD der letzten Jahre als Dauerzustand in der Zukunft ergeben, so wird dies ebenfalls über eine Verringerung der Angebotselastizität für Agrarprodukte zu einem zunehmenden betrieblichen Konzentrationszwang im Agrarsektor beitragen.

Die kurze Diskussion obiger Bestimmungsfaktoren der betrieblichen Konzentration weist darauf hin, daß der Zwang zur Konzentration im Agrarsektor im Vergleich zum Durchschnitt der Volkswirtschaft überdurchschnittlich sein wird. Dies folgt bereits aus der Tatsache, daß die Bedingung a) gesamtwirtschaftlich allenfalls als Konjunkturphänomen, doch nicht säkular vorliegen kann.

Für den einzelnen Betrieb gilt unter den Annahmen, daß

- das betriebliche Faktorentgelt genauso steigen soll wie das gesamtwirtschaftliche Faktorentgelt und

- keine Abwanderung von Arbeitskräften möglich ist (vgl. Anhang 1):

a) Sinkt bei einer Ausdehnung des Kapitalstocks die monetäre Produktivität des Kapitals, so muß die betriebliche Einkommenskapazität stärker steigen als der gesamtwirtschaftliche Lohnsatz. Steigt z.B. der Lohnsatz um 7 v.H. p.a. als Folge von gesamtwirtschaftlichem Wachstum und inflationärer Entwicklung, so muß der betreffende Betrieb seine Einkommenskapazität in weniger als 10 Jahren verdoppeln.

b) Bleibt die monetäre Kapitalproduktivität bei Erweiterungen des Kapitalstocks konstant, so hat die betriebliche Einkommenskapazität prozentual genauso zu wachsen wie der gesamtwirtschaftliche Lohnsatz.

c) Nur wenn die monetäre Kapitalproduktivität bei Kapitalstockerweiterungen steigt, kann die betriebliche Einkommenskapazität weniger wachsen als der gesamtwirtschaftliche Lohnsatz.

Diese Ergebnisse zeigen, daß der betriebliche Zwang zur Konzentration bei gegebener Entwicklung der sektoralen terms of trade wesentlich durch die betrieblichen Investitionsmöglichkeiten determiniert wird. Für den einzelnen Betrieb ist der Zwang zur Betriebsvergrößerung, d.h. zur Erhöhung der Einkommenskapazität umso geringer, je mehr mit den Investitionen technische Fortschritte übernommen werden können und damit der marginale Kapitalkoeffizient sinkt. Diese Überlegungen führten zu der Folgerung, daß für die Beurteilung der Entwicklungsfähigkeit eines Betriebs nicht allein die Eigenkapitalbildung oder allgemein der Zugang zu Finanzierungsmitteln von Bedeutung ist, sondern vielmehr die Beziehung zwischen Kapitalstockerweiterungen und marginaler Kapitalproduktivität.

Will man den Grad der Konzentration im Agrarsektor wirtschaftspolitisch beurteilen, sind zunächst Informationen über mögliche Produktivitätssteigerungen als Folge zunehmender Konzentration im landwirtschaftlichen Bereich notwendig. Es ist nicht die Aufgabe dieses Referates, das notwendige Material aufzubereiten; doch kann hier die Hypothese formuliert werden, daß erhebliche Produktivitätsfortschritte in der deutschen Landwirtschaft durch eine zunehmende Konzentration möglich sind. Es kann sogar vermutet werden, daß die optimale Betriebs- und Betriebszweiggröße aufgrund technischer Fortschritte und geänderter gesamtwirtschaftlicher Faktorpreisrelationen im Zeitablauf sich stärker verändert hat als die tatsächliche durchschnittliche Betriebsgröße. Das unausgeschöpfte Konzentrationspotential dürfte somit im Zeitablauf zugenommen haben. Die Konzentrationspolitik im Bereich der Landwirtschaft sollte daher eher konzentrationsfördernd und nicht hemmend wie in vielen anderen Sektoren sein.

Folgende Gründe für den nicht ausreichenden autonomen Konzentrationsprozeß und damit für eine konzentrationsfördernde Agrarpolitik lassen sich angeben:

a) Die Konzentration im Agrarsektor hat aufgrund des begrenzten Nachfrage- und Angebotswachstums vornehmlich über eine Verringerung der Zahl der Produktionseinheiten zu erfolgen und nicht wie in anderen Sektoren auch durch verstärktes Wachstum einzelner Betriebe bei unveränderter Gesamtzahl der Produktionseinheiten.

b) Bedingt durch den sektorspezifischen Produktionsfaktor Boden und die bestehenden Eigentumsverhältnisse im landwirtschaftlichen Bereich der

BRD sind sowohl die Intensität des Verdrängungswettbewerbes als auch die Eintrittsbarrieren für neue Produzenten relativ hoch.

c) Gesetzliche Hemmnisse bei der Ausdehnung der Veredlungsproduktion.

Es kann nicht geleugnet werden, daß die gegenwärtige Ausgestaltung der Agrarpolitik in der BRD und EG eine gewisse konzentrationsfördernde Tendenz hat. Dies gilt sicherlich für einen großen Teil des strukturpolitischen Mitteleinsatzes. Andererseits darf aber nicht verkannt werden, daß der Hauptpfeiler der gegenwärtigen Agrarpolitik, die Agrarpreispolitik, auch starke konzentrationshemmende Wirkungen ausübt: Mindestpreise verbessern die Überlebenschancen von Grenzbetrieben und beschränken damit die Wachstumsmöglichkeiten entwicklungsfähiger Betriebe. Gestützte Produktpreise führen zu überproportional erhöhten Bodenpreisen und erhöhen die Eintrittsbarrieren und auch die Aufstockung existenter Betriebe. Es kann daher gefolgert werden, daß die gegenwärtige Ausgestaltung der Agrarpolitik in der BRD nicht im vollen Einklang mit der gesamtwirtschaftlichen Konzentrationspolitik steht.

Für die Beurteilung der gegenwärtigen agrarpolitischen Ziele und Instrumente spielt der Stand der Konzentration im außerlandwirtschaftlichen Bereich auch aus einem weiteren Grund eine Rolle: Die Beurteilung eines gegebenen agrarpolitischen Zustandes setzt den Vergleich der Ist-Situation mit einer Wunschsituation (Referenzsystem) voraus. Bei der Wahl des adäquaten Referenzsystems muß aber der Konzentrationsgrad im außerlandwirtschaftlichen Bereich berücksichtigt werden. Wenn z.B. in diesem Bereich die Preisbildung auf Produkt- und Faktormärkten nicht den Ergebnissen der vollständigen Konkurrenz bei der Zielsetzung Gewinnmaximierung entspricht, kann man nach den Aussagen der Theorie des Zweitbesten (LIPSEY und LANCASTER, 1956) grundsätzlich nicht davon ausgehen, daß eine partielle Annäherung an die Bedingungen der vollkommenen Konkurrenz zu einer Erhöhung der gesellschaftlichen Wohlfahrt führt. Im konkreten Fall bedeutet das: Wenn im nichtlandwirtschaftlichen Bereich das Wertgrenzprodukt der Faktoren oberhalb der Faktorpreise und allgemein die Grenzkosten unterhalb der Produktpreise liegen, kann es nicht optimal sein, wenn im Agrarsektor versucht wird, Wertgrenzprodukt und Faktorpreis sowie Grenzkosten und Produktpreis anzugleichen. In einer solchen Situation wären die sektoralen terms of trade zuungunsten des Agrarsektors verzerrt und der Faktoreinsatz im Agrarsektor wäre - verglichen mit dem Optimum - zu hoch.

3 Vermögenskonzentration

Probleme der Vermögenskonzentration für die Wirtschaftspolitik wurden selbst schon von den Klassikern der Nationalökonomie gesehen. So schlug z.B. J. St. MILL (U. ANDERSON (1976), S. 15) konkrete vermögenspolitische Maßnahmen vor, wie z.B. die Vererbung von Vermögen zu begrenzen.

Es dürfte allgemein anerkannt sein, daß die Vermögenskonzentration zu einer ungleichen Einkommensverteilung beiträgt, die Chancengleichheit mindert, die Äquivalenz zwischen Leistung und Einkommensbezug stört und zusätzliche Möglichkeiten zu politischer Einflußnahme eröffnet. In der Bundesrepublik Deutschland wird daher trotz der grundsätzlichen Garantie des Eigentums (Vermögens) versucht, die negativen Folgen der Vermögenskonzentration durch gesetzliche Regelungen (Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Steuervergünstigungen, Prämienzahlungen, Förderung von vermögenswirksamen Leistungen etc.) und durch wirtschaftspolitische Eingriffe zu verringern. Zwar kann nicht geleugnet werden, daß der Prozeß der Vermögenskonzentration in der BRD vorangeschritten ist (W. KRELLE und J. SIEBKE (1973), S. 478 ff.), doch wird dies mehr als ein unvermeidliches Übel denn als Wunschzustand angesehen.

Im folgenden soll geprüft werden, welche Folgerungen sich aus der allgemeinen vermögenspolitischen Konzeption für die Beurteilung der Konzentration in der Landwirtschaft und für die Ausgestaltung der Agrarpolitik ergeben.

Oben wurde bereits ausgeführt, daß die Betriebskonzentration in der Landwirtschaft nicht optimal ist und daß konzentrationsfördernde Maßnahmen empfehlenswert sind. Bei den gegenwärtigen Finanzierungsformen in der Landwirtschaft führt eine zunehmende Betriebskonzentration gleichzeitig auch zu einer fortschreitenden Vermögenskonzentration. Es muß allerdings betont werden, daß ein solcher Zusammenhang nicht zwangsläufig besteht, sondern lediglich Ausdruck der gegenwärtig in der BRD vorherrschenden bäuerlichen Familienbetriebe mit der Identität von Eigentümer und Bewirtschafter ist. Will man die landwirtschaftliche Konzentrationspolitik im Sinn der gesamtwirtschaftlichen Konzeption der Betriebs- und Vermögenskonzentrationspolitik gestalten, so wäre auf eine Lockerung des Zusammenhangs zwischen Betriebs- und Vermögenskonzentration in der Landwirtschaft hinzuwirken.

Eine Möglichkeit könnte in der Förderung neuer Unternehmensformen in der Landwirtschaft gesehen werden. Es wäre z.B. denkbar, weichende Erben nicht wie bisher in der Regel abzufinden, sondern Anteilseigentümer werden zu lassen. Vgl. auch H.-H. HERLEMANN (1968), S. 236)[1]. Dies würde nicht nur zu einer breiteren Streuung des landwirtschaftlichen Vermögens beitragen, sondern auch dazu führen, daß im Verlauf mehrerer Generationen der Vermögensanteil des tatsächlichen Bewirtschafters zu einem geringen Bruchteil des Betriebsvermögens schrumpfen würde. Hiermit würde zugleich ein besonders negativer Aspekt der Vermögenskonzentration abgeschwächt werden, nämlich daß Vermögen im Erbgang an wenig qualifizierte Betriebsleiter fällt und daß damit Ressourcen aus volkswirtschaftlicher Sicht vergeudet werden. Je geringer der Anteil an Eigenkapital des Unternehmens ist, umso mehr wird für die landwirtschaftliche Berufsentscheidung die Berufsneigung entscheidend sein. Das primäre Merkmal zukünftiger landwirtschaftlicher Betriebsleiter wird bei geringerem ererbten Vermögen nicht mehr das zu erwartende Erbe, sondern die Qualifikation bzw. Präferenz für den Beruf sein. Die hierdurch eintretende erhöhte soziale Mobilität in horizontaler Richtung würde zu einer verbesserten Allokation der Ressourcen beitragen. Die stärkere Trennung von Eigentum und Besitz (Bewirtschaftung) würde auch den Prozeß der Betriebskonzentration fördern. Es kann angenommen werden, daß nicht nur die Verbundenheit des Bewirtschafters mit dem Betrieb weniger eng sein wird und ein Verkauf des Betriebes nicht zuletzt auch wegen der Entscheidung der nicht-bewirtschaftenden Eigentümer stärker von rationalen als emotionalen Erwägungen bestimmt wird. Eine erhöhte Mobilität des Bodens wäre die Folge. Hierzu würde auch beitragen, daß die Kreditaufnahme in der Landwirtschaft sich verstärkt an Wirtschaftlichkeitskriterien zu orientieren hätte. Gegenwärtig erfolgt die Kreditvergabe an die Landwirtschaft nicht stets nach Überprüfung der Rentabilität der Kreditverwendung, sondern nach Feststellung der Sicherheit. Daher ist es selbst nicht ausreichend qualifizierten Betriebsleitern möglich, über Jahre hinweg mit Verlusten zu wirtschaften. Bei einer teilweisen Trennung von Eigentümer und Bewirtschafter wären solche Entwicklungen weitgehend unterbrochen. Eine bessere Allokation der Ressourcen wäre die Folge.

Auch aus sozialpolitischer Sicht wäre die stärkere Trennung von Besitz und Eigentum im Agrarsektor positiv zu beurteilen, da damit die gegen-

1) Diese Möglichkeit besteht zur Zeit bereits schon. Hier wird lediglich dafür plädiert, Tendenzen zu dieser Richtung zu fördern.

wärtige Ausgestaltung der Agrarpolitik offensichtlich reformbedürftig werden würde. Den Hauptpfeiler der Agrarpolitik der EG, die Preispolitik, kann zwar die Zieladäquanz als Einkommenspolitik nicht abgesprochen werden; doch mag aus sozialpolitischer Sicht bemängelt werden, daß zum einen insbesondere die Einkommen der Vermögensmillionäre besonders stark im Einkommen gestützt werden und gleichzeitig die Preisstützung zu einer Erhöhung der Vermögenswerte beiträgt. Es liegt demnach in diesem Sektor eine negative Vermögenspolitik vor, da die Agrarpreispolitik den relativ vermögenden Landwirten den größten Vermögenszuwachs gewährt. Es ist zu vermuten, daß die Agrarpreispolitik ohnehin aus diesem Grunde zukünftig mehr in Frage gestellt werden wird. Eine schärfere Trennung von Besitz und Eigentum durch die Verwirklichung des oben dargelegten Vorschlags würde vermutlich die Suche nach geeigneteren Instrumenten zur Stützung der landwirtschaftlichen Einkommen intensivieren.

4 Einkommenskonzentration

Das Ziel, auf eine "gerechtere" Einkommensverteilung hinzuwirken, wird offiziell von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland proklamiert. Zwar wird keine Definition der "gerechten" Einkommensverteilung gegeben, doch kann angenommen werden, daß eine zunehmende Einkommenskonzentration sich von der gewünschten Zielsetzung entfernt. Es werden daher auch in der Wirtschaftspolitik zahlreiche Instrumente eingesetzt, um die personelle Einkommensverteilung gleichmäßiger zu gestalten. Da die Bedeutung der Einkommensumverteilungspolitik für die gesamtwirtschaftliche Bewertung der Marktwirtschaft oft unterschätzt wird und damit die Probleme der Einkommenskonzentration nicht voll gewürdigt werden, soll im folgenden kurz auf die wohlfahrtstheoretische Bewertung der Einkommenskonzentration in einem marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystem eingegangen werden.

In einer Marktwirtschaft wird unter der Annahme vollkommener Konsumentensouveränität die Zusammensetzung der Güterproduktion sowie deren Preise von den Nachfragern bestimmt. Individuelle Entscheidungen werden über den Marktmechanismus koordiniert. Im Gegensatz zu politischen Wahlen, bei denen jeder Wähler ein gleiches Stimmrecht ausüben darf, wird jedoch bei ökonomischen Wahlentscheidungen das Stimmrecht an die Einkommenshöhe gebunden. Zwar kann auch dieses spezielle Koordinationsverfahren indivi-

dueller Wünsche zu einer Maximierung der gesellschaftlichen Wohlfahrt beitragen, jedoch nur unter ganz speziellen Bedingungen. Eine dieser Bedingungen lautet, daß der Grenznutzen des Einkommens bei allen Individuen gleich groß sein muß. Zwar ist es kaum möglich, die Grenznutzen einzelner Individuen zu quantifizieren, doch kann angenommen werden, daß die Unterschiede in den Grenznutzen des Einkommens umso größer sein werden, je größer die Einkommenskonzentration ist. Daraus folgt, daß der Marktmechanismus umso weniger zur Maximierung einer gesellschaftlichen Zielfunktion geeignet ist, je ungleicher die Einkommen sind. Die Funktionsfähigkeit einer Marktwirtschaft hängt somit wesentlich davon ab, ob es der Wirtschaftspolitik gelingt, die Zunahme der Einkommenskonzentration zu verhindern. Im folgenden soll kurz geprüft werden, ob der Einsatz des agrarpolitischen Mitteleinsatzes die gesamtwirtschaftliche Zielsetzung der Wirtschaftspolitik unterstützt.

Oben wurde bereits ausgeführt, daß die Agrarpreispolitik zu einer Erhöhung der landwirtschaftlichen Vermögenswerte beiträgt. Daraus folgt auch eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Vermögensrendite, insbesondere der Pachtpreise. Somit trägt die Agrarpolitik dazu bei, daß über die Beeinflussung der Vermögenseinkommen ein wesentlicher Bestimmungsfaktor der ungleichen personellen Einkommensverteilung in der BRD in seiner Tendenz verstärkt wird. Dieser Effekt wird zukünftig wahrscheinlich negativer als in der Vergangenheit zu bewerten sein, da über Pachtzahlungen und Fremdkapitalzinsen ein zunehmender Anteil des in der Landwirtschaft erwirtschafteten Vermögenseinkommens Nicht-Landwirten zufließt. Doch dürfte auch schon gegenwärtig festzustellen sein, daß in der Landwirtschaft die Preispolitik die Vermögenseinkommen der Landwirte in der oberen Einkommenskala absolut am stärksten erhöht (vgl. v. WITZKE).

Abgesehen von der Wirkung der Preispolitik auf die Vermögenseinkommen in der Landwirtschaft birgt diese Politik ohnehin die Tendenz in sich, die höheren Einkommensbezieher zumindest absolut stärker zu begünstigen als die unteren Einkommensbezieher. Auch aus dieser Sicht bedarf daher die Auswahl des agrarpolitischen Instrumentariums einer Überprüfung.

Anhang:

Bestimmungsgründe des betrieblichen Zwanges zur Konzentration

Für das Betriebseinkommen gilt folgende Definitionsgleichung:

(1) $Y = Al + Kr$

mit Y = Betriebseinkommen
A = Arbeitseinsatz
l = Lohnsatz
K = Kapitalstock
r = Rendite

Für die Änderungsrate des Betriebseinkommens erhält man aus (1):

(2) $$\frac{dY}{Y} = \frac{Al}{Y} \cdot \frac{dA}{A} + \frac{Al}{Y} \cdot \frac{dl}{l} + \frac{Kr}{Y} \cdot \frac{dK}{K} + \frac{Kr}{Y} \cdot \frac{dr}{r}$$

Nimmt man an, daß der betriebliche Lohnsatz (l) im Maße des gesamtwirtschaftlichen Lohnsatzes ($\bar{l}$) steigen soll, und unterstellt, daß die Kapitalrendite im Zeitablauf konstant bleibt, so kann aus (2) errechnet werden, welche Beziehung zwischen der Änderungsrate des Lohnsatzes und der betrieblichen Einkommenskapazität besteht. Man erhält:

(3) $$\frac{d\bar{l}}{l} = \frac{Y}{Al} \cdot \frac{dY}{Y} - \frac{dA}{A} - \frac{Kr}{Al} \cdot \frac{dK}{K}$$

Nach (3) kann der Lohnsatz sowohl durch eine Abwanderung von Arbeitskräften als auch durch Kapitalstockerweiterungen steigen. Für die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebe der BRD besteht jedoch die erste Alternative nicht mehr, da der Arbeitskräftebestand nicht mehr reduziert werden kann. Unter diesen Bedingungen wird Gleichung (3) zu:

(4) $$\frac{d\bar{l}}{l} = \frac{Y}{Al} \cdot \frac{dY}{Y} - \frac{Kr}{Al} \cdot \frac{dK}{K}$$

Für $\frac{dY}{Y} = \frac{dK}{K}$, d.h. konstanter monetärer Kapitalproduktivität, folgt

$$\frac{d\bar{I}}{I} = \frac{dY}{Y}$$

Für $\frac{dY}{Y} < \frac{dK}{K}$, d.h. sinkender monetärer Kapitalproduktivität, folgt

$$\frac{d\bar{I}}{I} < \frac{dY}{Y}$$

Für $\frac{dY}{Y} > \frac{dK}{K}$, d.h. steigender monetärer Kapitalproduktivität, folgt

$$\frac{d\bar{I}}{I} > \frac{dY}{Y}$$

Literatur

1 ARNDT, H.: Die Konzentration der westdeutschen Wirtschaft. Politik in unserer Zeit, Nr. 4, Pfullingen 1966

2 ARNDT, H. und G. OLLENBURG: Begriff und Arten der Konzentration. In: H. Arndt (Hrsg.), Die Konzentration in der Wirtschaft, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 20/1, Berlin 1971

3 CLARK, J.M.: Competition as a dynamic process. Washington, D.C. 1961

4 DER BUNDESMINISTER FOR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG: Die Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1977

5 FEUERSTACK, R.: Unternehmenskonzentration. Luchterhand Economics, Neuwied 1975

6 HERLEMANN, H.-H.: Zur Problematik des innerlandwirtschaftlichen Einkommensvergleichs. Agrarwirtschaft, H. 8, 1968

7 HOPPMANN, E.: Das Konzept der optimalen Wettbewerbsintensität. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 179, 1966

8 HOPPMANN, E.: Die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs. Bemerkungen zu Kantzenbachs "Erwiderung". Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 181, 1967/68

9 HUFFSCHMID, J.: Die Politik des Kapitals - Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik. Edition suhrkamp, Frankfurt/M. 1969

10 JÜHR, A.: Konzentration als Problem der Theorie der Wirtschaftspolitik. In: H. Arndt (Hrsg.), Die Konzentration in der Wirtschaft. Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 20/1, Berlin 1971

11 KANTZENBACH, E.: Das Konzept der optimalen Wettbewerbsintensität. Eine Erwiderung auf den gleichnamigen Besprechungsaufsatz von E. Hoppmann. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 181, 1967/68

12 KANTZENBACH, E.: Konzentration als Problem der Konkurrenzwirtschaft. In: H. Arndt (Hrsg.), Die Konzentration in der Wirtschaft. Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 20/1, Berlin 1971

13 KANTZENBACH, E.: Effektivere Fusionskontrolle. Wirtschaftswoche, Nr. 32, 1978

14 KOESTER, U.: Die landwirtschaftliche Konzentration in den Vereinigten Staaten. In: H. Arndt (Hrsg.). Die Konzentration in der Wirtschaft. Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 20/2, Berlin 1971

15 KOESTER, U.: Zur Legitimation der Agrarpolitik als spezielle Wirtschaftspolitik. Das Wirtschaftsstudium "WISU", Zeitschrift für Studium und Examen, Juli 1976

16 KRELLE, W. und J. SIEBKE: Vermögensverteilung und Vermögenspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Oberblick. Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 129, 1963

17 KRELLE, W., J. SCHUNCK und J. SIEBKE: Überbetriebliche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer, Bd. 1 und 2, Tübingen 1968

18 MANTAU, R.: Rechts-, Organisations- und Finanzierungsformen für das landwirtschaftliche Grundeigentum. Landwirtschaft - Angewandte Wissenschaft, H. 205, 1978

19 MEINHOLD, H.: Probleme der räumlichen Konzentration. In: H. Arndt (Hrsg.), Die Konzentration in der Wirtschaft. Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 20/I, Berlin 1971

20 MÖLLER, J. und R. HOCHREITER: Stand und Entwicklungstendenzen der Konzentration in der Bundesrepublik Deutschland. Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Bd. 107, Göttingen 1975

21 NEUMARK, F., K.C. THALHEIM und H. HÖLZLER (Hrsg.): Wettbewerb - Konzentration und wirtschaftliche Macht. Festschrift für Helmut Arndt zum 65. Geburtstag, Berlin 1976

22 ROBERT, R.: Konzentrationspolitik in der Bundesrepublik - Das Beispiel der Entstehung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Volkswirtschaftliche Schriften, H. 250, Berlin 1976

23 SCHNEIDER, H.K.: Beeinflussung der Konzentration als Ziel und Mittel der Wirtschaftspolitik. In: H. Arndt (Hrsg.), Die Konzentration in der Wirtschaft. Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 20/1, Berlin 1971

24 v. WITZKE, H.: Landwirtschaftliche Einkommenskonzentration und Agrarpreispolitik. Referat auf der 19. Jahrestagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues, Gießen 1978